



Für das Gebiet zwischen Almsstraße,
Kurzer Hagen, Arnekenstraße und
Arnekenstraße 26, 27 u. 28
Maßstab 1: 500

Mit Inkrafttreten dieses Planes treten die bisherigen städtebaulichen Vorschriften außer Kraft, soweit deren Gegenstände in diesem Plan geregelt sind oder ihm widersprechen.

Zeichenerklärung

Festsetzungen des Bebauungsplanes

Art und Maß der baulichen Nutzung

Wohnbauflächen

- Reine Wohngebiete
- Allgemeine Wohngebiete
- Kleinsiedlungsgebiete

Gemischte Bauflächen

- Mischgebiete
- Kerngebiete
- Dortgebiete

- Baulinie
- Baugrenze
- Abgrenzung unterschiedlicher Nutzung
- Grenze des räumlichen Geltungsbereiches des Bebauungsplanes
- Firstrichtung

Gewerbliche Bauflächen

- Gewerbegebiete
- Industriegebiete

Sonderbauflächen

- Wohnendhausgebiete
- Sondergebiete, z. B. Ladengebiete

- Flächen oder Baugrundstücke für den Gemeinbedarf
- Schule
- Kindertagesstätte
- Kindergarten
- Kirche

- Zahl der Vollgeschosse als Höchstgrenze
- Zahl der Vollgeschosse zwingend
- Grundflächenzahl
- Geschossflächenzahl
- Baumassenzahl
- Offene Bauweise
- nur Einzel- und Doppelhäuser zulässig
- nur Hausgruppen zulässig
- Geschlossene Bauweise

Verkehrsflächen

- Straßenverkehrsflächen
- Öffentliche Parkflächen
- Straßenbegrenzungslinie
- Begrenzung sonstiger Verkehrsflächen
- Zulassungsverbot

Weitere Nutzungsarten

- Flächen oder Baugrundstücke für Versorgungsanlagen, z. B. Umformerstation
- Mit Geh-, Fahr- und Leitungsrechten zu belastende Flächen
- Führung oberirdischer Versorgungsanlagen
- Arkaden
- Auskragung
- Flächen für Aufschüttungen

- Flächen für Stellplätze oder Garagen
- Stellplätze
- Garagen
- Gemeinschaftsstellplätze
- Gemeinschaftsgaragen

Grünflächen, Flächen für die Landwirtschaft und die Forstwirtschaft

- Flächen für die Landwirtschaft
- Flächen für die Forstwirtschaft
- Flächen für Land- oder Forstwirtschaft

- Grünflächen, z. B. Spielplatz
- Parkanlage
- Dauerkleingärten
- Sportplatz

Nachrichtliche Übernahmen

- Naturschutz- (N) oder Landschaftsschutzgebiet (L)
- Wasserschutz- (W), Quellschutz- (Q) oder Überschwemmungsgebiet (Ü)
- Flächen für Bahnanlagen

Bestandsangaben

- Wohngebäude
- Wirtschafts- und Industriegebäude
- Wasserflächen, Häfen

95,1 Straßenhöhen, vorn (gepl.)

Folgende Festsetzungen gelten außerdem:

Private mit Gehrechten zugunsten der Allgemeinheit zu belastende Fläche.

Im Kerngebiet (MK) sind Wohnungen oberhalb des Erdgeschosses zulässig, (§ 7 (2) 7. BauVO)

Die Ausnahme nach § 7 (3) 2. ist allgemein zulässig, (§ 1 (5) BauVO)

Die Ausnahme nach § 7 (3) 3. Nr. 1 BauVO ist nicht zulässig (§ 1 (4) BauVO).

Im südlichen Bereich des Kerngebietes, entlang der Almsstraße, werden die Nutzungen nach § 7 (2) 3 u. 5. ausgeschlossen (§ 7 (5) BauVO).

Im Bereich des eingeschlossenen Kerngebietes ist eine Hofüberbauung mit Flachdach zulässig, dessen Oberkante eine Höhe von max. 4,00 m nicht überschreiten darf. Ausnahmsweise kann eine größere Höhe für Saalbauten zugelassen werden.

Ausnahmsweise können Kragbalken über dem Erdgeschoss bis zu einer Ausladung von 1,50 m in den öffentlichen Straßenraum hinein zugelassen werden, (§ 23 (5) BauVO)

Die Planunterlagen entsprechen den Anforderungen des § 1 der Planzeichnungsverordnung vom 19. 1. 1965.
Hildesheim, den 13. 11. 1969
Stadtvermessungsamt
Dr. Roesler
Stadtvermessungsleiter

Für die Aufstellung des Planentwurfs.
Hildesheim, den 14. 11. 1969
Stadtvermessungsamt
H. Anna
Stadtvermessungsleiter

Dem Entwurf mit Begründung zu diesem Bebauungsplan hat der Rat der Stadt Hildesheim gem. § 2 Bundesbaugesetz vom 23. 6. 1960 in der Sitzung am 31. 8. 1970 zugestimmt.
Hildesheim, den 12. 9. 1971
Stadtvermessungsamt
Dr. Roesler
Stadtvermessungsleiter

Der Entwurf mit Begründung zu diesem Bebauungsplan hat gem. § 2 Bundesbaugesetz vom 23. 6. 1960 in der Sitzung am 10. 9. 1970 zugestimmt.
Hildesheim, den 12. 9. 1971
Stadtvermessungsamt
Dr. Roesler
Stadtvermessungsleiter

Der Entwurf zu diesem Bebauungsplan wurde auf Grund der gem. § 2 (6) Bundesbaugesetz vom 23. 6. 1960 vorgebrachten Anregungen und Bedenken geändert. Der Rat der Stadt Hildesheim hat in der Sitzung am 12. 9. 1971 zugestimmt.
Hildesheim, den 12. 9. 1971
Stadtvermessungsamt
Dr. Roesler
Stadtvermessungsleiter

Dieser Bebauungsplan wurde gem. § 10 Bundesbaugesetz vom 23. 6. 1960 u. § 6 (1) der Niedersächsischen Gemeindeordnung vom 4. 3. 1965 vom Rat der Stadt Hildesheim in der Sitzung vom 12. 9. 1971 als Satzung beschlossen. Die Begründung ist gem. § 9 Bundesbaugesetz vom 23. 6. 1960 beigelegt.
Hildesheim, den 12. 9. 1971
Stadtvermessungsamt
Dr. Roesler
Stadtvermessungsleiter

GENEHMIGT
gem. § 11 des Bundesbaugesetz vom 23. 6. 1960 (BGBl. I S. 341) nach Maßgabe meiner Verfügung vom heutigen Tage.
Hildesheim, den 12. 9. 1971
Der Regierungspräsident
Im Auftrage
Dr. Roesler
Stadtvermessungsleiter

Dieser Bebauungsplan mit Begründung liegt gemäß § 12 Bundesbaugesetz vom 23. 6. 1960 ab 31. 7. 1973 öffentlich aus.
Die Genehmigung, Ort und Zeit der Auslegung sind gemäß § 12 Bundesbaugesetz am 31. 7. 1973 im Öffentlichen Anzeiger — nachrichtlich im Amtsblatt für den Regierungsbezirk Hildesheim — bekanntgemacht worden.
Hildesheim, den 12. 9. 1971
Stadtvermessungsamt
Dr. Roesler
Stadtvermessungsleiter